

6. Effektive Rückführung von straffälligen Asylmigranten und -migrantinnen

Interpellation Anita Borer (SVP, Uster), Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) vom 11. November 2024
KR-Nr. 373/2024

Anita Borer (SVP, Uster): Zuerst möchten wir uns bei der Sicherheitsdirektion bedanken: Vielen Dank für die Bemühungen, transparente Zahlen zu publizieren und effektive Rückführungen von straffälligen Asylmigranten zu forcieren. Insbesondere danken wir der Kantonspolizei und den Leuten an der Front, die um unsere Sicherheit besorgt sind und Rückführungen zum Teil unter heftigem Widerstand vollziehen. Die Antwort der Regierung auf die Interpellation zeigt es eindrücklich auf und auch die Kriminalitätsstatistik spricht eine klare Sprache: Wir importieren Kriminalität und wir lassen es tragischerweise zu. Die Zahl der beschuldigten Asylmigranten hat sich innerhalb eines Jahres, von 2022 auf 2023, mehr als verdoppelt. Die Anzahl Beschuldigter mit Status S hat sich sogar verdreifacht. Wenn man die aktuelle Kriminalstatistik von 2024 anschaut, setzt sich dieser Negativtrend weiter fort, und zwar in bedenklichem Ausmass. Das Schlimmste ist, dass sich abgewiesene Asylmigranten und Personen ohne Aufenthaltsrecht oftmals noch frei bewegen können, auch wenn ein Strafverfahren gegen sie eröffnet wurde. Auch eindrücklich sind die vielen Rückkehrpendenzen. Auch wenn der Kanton Zürich im Vergleich mit anderen Kantonen gut dasteht, müssen wir uns bewusst sein, dass es sich dabei um Illegale handelt, die sich weigern auszureisen und wohl mehrheitlich aus nicht kooperativen Ländern stammen.

Hat es darunter auch Kriminelle? Der Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*) kann uns das sicherlich mit Zahlen belegen. Es sind bedenkliche Entwicklungen, die uns grosse Sorgen bereiten. Mit den beschränkten Möglichkeiten, die wir kantonal haben, um die Asylproblematik anzugehen, können wir nur immer wieder an Bundesbern und an den Asylminister (*Bundesrat*) Beat Jans appellieren. Wer in unser Land kommt und kriminell wird, hat nichts bei uns verloren. Die SVP fordert deshalb mit Nachdruck und mit klaren Appellen Richtung Bundesbern, erstens, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, zweitens, eine rasche und systematische Überprüfung des Schutzstatus S, damit dieser nicht weiter missbraucht werden kann. Dazu hat auch die SVP-Ständerätin Esther Friedli eine Motion eingereicht. Und drittens: Nicht integrierbaren und straffälligen Migranten muss der Aufenthaltsstatus entzogen werden. Der Druck auf die anderen Länder, Rücknahmeabkommen abzuschliessen, muss erhöht werden.

Wir sind froh, dass immerhin der Kanton Zürich eine klare Sprache spricht und die Kriminalität detaillierter aufschlüsselt. Wir sind uns auch bewusst, dass der Kanton Zürich begrenzte Möglichkeiten hat, um effektiv Einfluss auf die Asylpolitik zu nehmen. Als Vertreter eines einflussreichen Kantons erwarten wir jedoch von der Zürcher Regierung, dass sie alle Möglichkeiten ausschöpft. Konkret und in Ergänzung zur Interpellation erhoffen wir uns, erstens: dass die Regierung und

die Sicherheitsdirektion weiterhin den Druck auf die Bundesasylpolitik aufrechterhalten, zweitens, dass sie auch das Zahlenmaterial zu den verurteilten Asylmigranten des Bundesamts für Statistik einfordert; das fehlt uns in der Antwort auf die Interpellation. Für die Transparenz und das Aufzeigen der wahren Probleme wäre das wichtig. Drittens erwarten wir, dass der Kanton Zürich nicht nur weiterhin Druck nach Bern erzeugt, sondern sich auch mit anderen Kantonen zusammentut. Zürich zahlt viel in den Finanzausgleich, dafür darf erwartet werden, dass auch die anderen Kantone mitziehen und zusammen mit dem Kanton Zürich eine konsequentere Asylpolitik beim Bund einfordern.

All denjenigen auf der linken Seite, die die Augen vor der Realität verschliessen, möchte ich sagen: Die Schweiz hat im Vergleich zu den umliegenden Ländern den mit Abstand höchsten Ausländeranteil. Die Schweiz leistet eine wahnsinnige Integrationsarbeit. Doch genug ist genug, wir dürfen uns nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen. Wir müssen unsere humanitäre Tradition schützen, indem wir konsequent sind, und dieser Grundsatz ist glasklar und gesetzlich festgehalten: Wer an Leib und Leben bedroht ist, erhält Asyl. Wer es nicht ist und unser Gastrecht mit Füßen tritt, indem er kriminell wird, muss unser Land verlassen. Wir wiederholen das gerne so lange, bis es endlich so gehandhabt wird. Die aktuell lasche Asylpolitik des Bundes gefährdet den Frieden in unserem Land und schadet auch all denjenigen Ausländerinnen und Ausländern, die sich hier integrieren wollen und sich an unsere Regeln halten. Wir erwarten eine konsequente Asylpolitik seitens des Kantons und des Bundes, denn unsere Bevölkerung hat ein Recht auf Sicherheit.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Ich habe mir zuerst überlegt, ob es überhaupt angebracht ist, in dieser Debatte zu reagieren, denn ich finde, diese Debatte ist unter der Würde dieses Rates, insbesondere die entmenslichenden Aussagen im ganzen Postulatstext der SVP. Mit den pauschalen Anschuldigungen gefährden Sie eine ganze Bevölkerungsgruppe, und ich finde das ist wirklich die unterste Schublade. Es ist so, dass Sie einfach eine Problembewirtschaftung betreiben und so tun, als käme es im Kanton Zürich nicht rigoros zu Ausschaffungen, die gemäss den Aufsichtsorganen, wie etwa der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter, in Zürich, aber auch in der ganzen Schweiz an den Grenzen und oftmals leider auch über den Grenzen der Verhältnismässigkeit und der Menschenrechte liegen. Es ist einfach so, dass es gewisse rechtsstaatliche Regeln gibt. Wenn jemandem Folter oder eine unmenschliche Behandlung droht, dann kann man diese Person nicht in solche Länder ausschaffen. Lassen Sie deshalb doch einfach diese rassistische Problembewirtschaftung sein, die Sie selbst heraufbeschwören, und verzichten Sie von nun an auf solche Vorstösse.

Andrea Gisler (GLP, Gossau): Die Interpellation greift ein Thema auf, das im Moment viele Leute beschäftigt, ob wir das wollen oder nicht. Es sind Asylsuchende, die straffällig werden, teilweise sind es Mehrfachtäter, die frei herumlaufen. Das ist natürlich ein Problem für die öffentliche Sicherheit, aber man muss

sagen, es handelt sich um eine kleine Anzahl. Das Problem mit Zahlen und Statistiken besteht darin, dass man damit schlecht gegen persönliche Erlebnisse und Emotionen ankommt.

Was hat die Interpellationsantwort ergeben? Der Kanton Zürich versucht, weggewiesene Asylsuchende zu einer freiwilligen Rückkehr zu bewegen, unabhängig davon, ob sie straffällig geworden sind oder nicht. Und wenn das nicht gelingt, dann gibt es diese zwangsweisen Rückführungen, soweit das möglich ist. Und das ist richtig und wichtig, denn wir leben in einem Rechtsstaat und der Staat muss die Gesetze auch vollziehen, und wenn er das nicht tut, dann verliert die Bevölkerung das Vertrauen in den Staat.

Ich konnte vor einiger Zeit mit anderen Mitgliedern des Kantonsrates einmal sehen, wie eine zwangsweise Rückführung abläuft. Dies ist eine höchst anspruchsvolle Aufgabe, die aber sehr professionell und auch menschlich ausgeführt wird, soweit dies in einer solchen Situation überhaupt möglich ist. Rückführungen sind teilweise nicht möglich, das wissen wir. Das hat oft damit zu tun, dass die Staaten ihre straffälligen Bürger, selten Bürgerinnen, nicht zurücknehmen wollen. In diesem Fällen ist der Bund gefordert, unter anderem mit Rückübernahmeabkommen. Und unsere Ständerätin Tiana Moser hat ja in Bern auch einen Vorstoss eingereicht, der die Inhaftierung und Wegweisung von kriminellen Mehrfachtätern im Asylbereich zum Ziel hat, damit die öffentliche Sicherheit stärker gewichtet wird als bis anhin. Die Motion von Tiana Moser wurde überwiesen und der Bundesrat ist nun in der Pflicht, Vorschläge zu erarbeiten, und ich denke, das ist der richtige Weg. Wir haben Leute in Bern, die wissen, wo man ansetzen und die Probleme lösen muss – und sie nicht einfach nur bewirtschaftet.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Wir erleben hier wieder einmal das altbekannte Spiel der Angstmacherei. Anstatt über eine faire und rechtsstaatliche Migrationspolitik zu sprechen, werden Extrembeispiele herangezogen, um Hass und Hetze zu schüren. Einzelne Straftaten werden instrumentalisiert, um eine ganze Gruppe von Menschen zu kriminalisieren. Doch lassen Sie mich eines klarstellen: Die Asylpolitik der Schweiz wird nicht von Einzelfällen definiert, sondern von den vielen Menschen, die hier friedlich leben, arbeiten und unsere Gesellschaft bereichern, sei es als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen oder beispielsweise auch als Pflegerinnen und Pfleger in unseren Spitälern. Die Rhetorik der Interpellantin und der Interpellanten stellt die Grundprinzipien unseres demokratischen Rechtsstaates infrage.

Natürlich müssen Kriminelle zur Rechenschaft gezogen werden, keine Frage, aber wir befinden uns hier in einem Rechtsstaat und nicht im Mittelalter. Das bedeutet: Jeder Mensch hat das Recht auf ein faires Verfahren, auf Rechtsbeistand und auf die Wahrung seiner Grundrechte. Besonders perfide ist der Versuch, das Thema «häusliche Gewalt» ins Zentrum dieser Debatte zu rücken. Wer häusliche Gewalt wirklich bekämpfen will, der sollte sich endlich mit dem toxischen Männlichkeitsbild auseinandersetzen, das in gewissen politischen Kreisen regelrecht

verherrlicht wird. Wo bleibt der Einsatz für die Frauenhäuser, wo bleibt der Einsatz für die finanzielle Absicherung von Betroffenen? Wer nur dann über häusliche Gewalt spricht, wenn es ins politische Kalkül passt, der macht sich unglaublich unwürdig. Es wird nicht einmal versucht, sich mit den tatsächlichen Gründen auseinanderzusetzen, warum Rückführungen nicht stattfinden können. Stattdessen nimmt man Hilfsorganisationen ins Visier, die Migrantinnen und Migranten in einem für sie oft undurchsichtigen Rechtssystem unterstützen. Diese Organisationen arbeiten auf der Basis von Menschenrechten, ein Konzept, das anscheinend nicht allen hier im Raum gleich wichtig ist.

Plötzlich interessiert es die Interpellantin und die Interpellanten nicht wirklich, um welche Straftaten es sich handelt. Ob es beispielsweise um Bagatelldelikte wie Diebstähle geht, oft begangen von Menschen, die in absoluter Armut leben, spielt für Sie keine Rolle, Hauptsache, die Erzählung vom kriminellen Asylbewerber bleibt erhalten. Das ist nicht nur populistisch, sondern auch gefährlich. Deshalb sage ich klar: Diese Interpellation ist kein Beitrag zu einer sachlichen Debatte über Migrationspolitik. Sie ist ein Versuch, Ängste zu schüren und von echten sozialen Herausforderungen abzulenken. Stattdessen brauchen wir eine Politik, die sich für Integration, soziale Gerechtigkeit und eine rechtsstaatliche Asylpolitik einsetzt – für alle Menschen, die hier leben.

Anita Borer (SVP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte ganz kurz auf Leandra Columberg eingehen. Ich würde mit dem Ausdruck «extrem» etwas vorsichtig sein, denn was ist extrem? Das ist, wenn man letztendlich gewalttätig wird, wenn man kriminell wird und genau darum geht es hier. Wir wollen die Kriminellen nicht hier haben. Und wenn wir davon sprechen, gewisse Leute nicht zu verurteilen: Wer spricht denn hier von toxischer Männlichkeit? Also, wenn es sich dabei nicht um eine Verurteilung handelt, dann muss ich sagen, sprechen wir wirklich nicht die gleiche Sprache. Es ist nicht menschenwürdig, wenn wir Kriminelle nicht konsequent ausschaffen, nicht konsequent mit ihnen umgehen, denn dann setzen Sie die Sicherheit der Bevölkerung aufs Spiel.

Regierungsrat Mario Fehr: Vielleicht zuerst eine Art eines Grundbekenntnisses: Ich glaube, dass das Asylwesen in seinen Grundstrukturen viel einfacher ist, als wir denken. Ich glaube, dass jede und jeder ein Anrecht hat, hier ein Asylgesuch zu stellen, und dass es dann, wenn dieses Gesuch bewilligt wird, eine vorläufige Aufnahme gibt – welcher Aufenthaltstitel auch immer –, dass wir diese Menschen dann integrieren. Ich glaube aber, dass zur Glaubwürdigkeit des schweizerischen Asylsystems, über das wir im Juni 2017 abgestimmt haben und das im Kanton Zürich übrigens mit einer Mehrheit von über 70 Prozent gutgeheissen wurde, auch gehört, dass diejenigen, die keinen Aufenthaltstitel erhalten, die Schweiz wieder verlassen müssen. Dies ist die sehr einfach dargelegte Politik des Kantons Zürich, der im Übrigen etwa 80 Prozent aller Rückführungen am Flughafen Kloten vornimmt, da es nicht sehr viele Flughäfen in der Schweiz gibt. Deshalb haben wir

diese Rolle, die wir sehr verantwortungsvoll wahrnehmen, die aber auch sehr zeitintensiv ist.

Ich glaube, Frau Anita Bohrer hat darauf hingewiesen: Es handelt sich um eine schwierige Aufgabe, weil es um Menschen gibt, die sich in einer Grenzsituation befinden. Dieses Asylsystem, davon bin ich überzeugt, wird auf Dauer nur dann Bestand haben, wenn wir alle Teile dieser Asylpolitik umsetzen können, wenn wir insbesondere Menschen, die sich in grober Art und Weise nicht an unsere Rechtsordnung halten, aus dem Land schaffen können. Ich glaube, es gibt keinen Anspruch darauf, in einem fremden Land zu sein und kriminell zu werden, das glaube ich einfach. Es hilft aber vor allem den vielen, vielen anständigen Menschen im Asylbereich nicht, wenn wir das tolerieren, daher werden wir weiter eine konsequente Asylpolitik betreiben.

Es gibt diesen Vorstoss unserer Ständerätin, es gibt auch einen Vorstoss von Esther Friedli und es gibt einen Vorstoss von Benedikt Würth (*Ständerat*). Bei all diesen Vorstössen ist der Bundesrat angehalten, sie umzusetzen. Und Frau Letnansky, das Klima hat sich schon ein wenig verändert. Mittlerweile hat auch die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren den Bundesrat aufgefordert, diese Vorstösse umzusetzen, weil wir den Missbrauch stoppen müssen und weil wir für diejenigen da sein müssen, die wirklich Schutz suchen, was auch beim Schutzstatus S gilt. Und im Übrigen, damit ich das auch noch gesagt habe, Frau Letnansky: Wir haben ja die Frauenhäuser zusammen mit der Direktion der Justiz und des Innern zusätzlich unterstützt. Wir versuchen, eine ganzheitliche Politik zu machen, aber in dieser ganzheitlichen Politik dürfen wir auch Missstände ansprechen. Das werden wir auch in Zukunft tun, sachlich, aber dafür umso kompetenter.

Ratspräsident Beat Habegger: Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Regierungsrats abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.